

Aus der Fraktion

Martin Sträßer (CDU) und Lena Zingsheim-Zobel (Grüne)

Demokratische Werte stärken und vermitteln

Unser gesellschaftliches Miteinander ist von demokratischen Prinzipien geprägt. Unser Bildungswesen soll junge Menschen dazu befähigen, die politischen und sozialen Verhältnisse verantwortungsvoll mitzugestalten. Deshalb bringen die Fraktionen von CDU und Grünen am (heutigen) Mittwoch den Antrag „Vermittlung demokratischer Werte und Strukturen zukunftsfest stärken“ in den Landtag ein. Dazu erklären Martin Sträßer, Mitglied im Ausschuss für Schule und Bildung für die CDU-Landtagsfraktion, und Lena Zingsheim-Zobel, Sprecherin für Schule und Bildung der GRÜNEN-Landtagsfraktion:

Martin Sträßer: „Wir erleben immer mehr und immer öfter Angriffe auf unsere Demokratie. Zugleich sinkt auch in der Mitte der Gesellschaft das Vertrauen in die Stärke und Lösungskompetenz unseres politischen Gemeinwesens. Dabei sind Frieden und Freiheit ohne eine freiheitlich-demokratische Grundordnung undenkbar. Demokratie ist nicht selbstverständlich. Demokratische Werte wie unveräußerliche Menschenrechte und Respekt gegenüber anderen sowie demokratische Strukturen wie freie Wahlen und der Umgang mit Mehrheit und Minderheit müssen erlernt und erlebt werden. Hier hat auch unser Bildungswesen eine wichtige Aufgabe. Wir wollen deshalb die Vermittlung dieser Werte und Strukturen im Bildungswesen stärken. Dazu gehört mehr Kontakt zu politischen Institutionen, aber auch der Besuch von Gedenkstätten politischer Gewaltherrschaft.“

Lena Zingsheim-Zobel: „Demokratie- und menschenverachtende Einstellungen nehmen zu und das Vertrauen in demokratische und staatliche Institutionen nimmt ab – diese besorgniserregende Entwicklung macht deutlich, wie wichtig die Vermittlung demokratischer Werte und Strukturen ist. Wir wollen daher die Demokratiebildung in Schulen stärken, denn sie sind der Ort, an dem Kinder und Jugendliche Kenntnisse, Kompetenzen und Haltungen vermittelt bekommen. Ein Ort, wo Demokratie erlernt und gelebt wird. Dazu ist es wichtig, die Lehrkräfte zu bestärken, sich aktiv für die demokratische Grundordnung einzusetzen. Zudem wollen wir Schülerinnen und Schülern mehr Begegnungen durch Besuche von Mahn- und Gedenkstätten, aber auch der Parlamente ermöglichen und ihnen mehr Mitwirkungsmöglichkeiten im Schulleben eröffnen.“

Dr. Christian Untrieser (CDU) und Jan Matzoll (Grüne)

NRW soll Vorreiter für Kunststoff-Kreislaufwirtschaft werden

Nordrhein-Westfalen soll die erste klimaneutrale Industrieregion Europas werden – und einer der innovativsten und nachhaltigsten Wirtschaftsstandorte in Europa. Um dieses Ziel zu erreichen, ist der Wandel zu einer umfassenden Kreislaufwirtschaft entscheidend. Deshalb haben die Fraktionen von CDU und GRÜNEN den Antrag „Die Potenziale Nordrhein-Westfalens für eine nachhaltige Kunststoff-Kreislaufwirtschaft nutzen – eine Plattform für Kunststoffrecycling etablieren“ eingebracht, der am heutigen Donnerstag im Landtag beschlossen wurde. Dazu erklären die wirtschaftspolitischen Sprecher **Dr. Christian Untrieser** (CDU) und **Jan Matzoll** (GRÜNE):

Dr. Christian Untrieser: „Heute werden noch zu viele Kunststoffabfälle verbrannt. In Zukunft soll deutlich mehr recycelt werden. Wir wollen Nordrhein-Westfalen zum Vorreiter für eine Kreislaufwirtschaft im Bereich Kunststoffe machen. Wir haben hier vor Ort durch tolle Unternehmen und exzellente Forschungseinrichtungen alle Chancen. Dazu wollen wir eine Plattform für Kunststoffrecycling schaffen, die u.a. Produktdesigns verbessern hilft und die Entwicklung von Recyclinganlagen im Industriemaßstab anschiebt. Wo mechanisches Recycling an seine Grenzen stößt, wollen wir sogenanntes chemisches Recycling ermöglichen. In Nordrhein-Westfalen gibt es dazu bereits viele Pilotprojekte, die nun weiter vorangebracht werden sollen. Mit unserer Strategie und dem nachhaltigen Umgang mit Ressourcen schützen wir die Umwelt und nachkommende Generationen. Gleichzeitig sorgen wir für sichere Arbeitsplätze und eine gute Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft.“

Jan Matzoll: „Mit über 134.000 Beschäftigten, mehr als 1000 Betrieben und einem Jahresumsatz von 34 Milliarden Euro ist NRW Kunststoffland Nr. 1. In NRW sitzen viele Schlüssel-Akteure mit den notwendigen Wertschöpfungsketten, um sich einer nachhaltigen Kreislaufwirtschaft einen großen Schritt zu nähern. Wo Kunststoffabfälle nicht vermeidbar sind, muss das Recycling gestärkt werden. Das chemische Recycling wird in Ergänzung zum mechanischen Recycling ein weiterer Baustein sein, um die Potenziale der Zirkularität zu heben. Mit einer anwendungsorientierten und interdisziplinären Plattform für Kunststoffrecycling schaffen wir die Grundlage für eine noch engere Kooperation zwischen Wirtschaft und Wissenschaft.“

Heinrich Frieling (CDU) zur Kritik des Städte- und Gemeindebunds

Nordrhein-Westfalen steht an der Seite der Kommunen

Das Land Nordrhein-Westfalen unterstützt die Kommunen im Jahr 2024 mit rund 36,9 Milliarden Euro. Gemessen am Gesamtvolumen des Landeshaushalts sind das rund 37,3 Prozent für kommunale Zwecke. Der am Donnerstag geäußerten Kritik des

Städte- und Gemeindebundes stellt der kommunalpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Heinrich Frieling, deshalb Zahlen und Fakten entgegen:

„Die Gründe für steigende Kosten in den Kommunen sind vielfältig und vom Land kaum zu beeinflussen: Die Inflation und ihre Bekämpfung durch die Europäische Zentralbank, die Umsetzung von Gesetzen auf Bundesebene, die Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen, der Tarifabschluss der Kommunen und des Bundes für die Tarifbeschäftigten sowie die zunehmende, dauerhafte Unterbringung, Versorgung und Integration von Asylsuchenden prägen die kommunalen Haushaltslagen.

Selbstverständlich ist es das gemeinsame Ziel, eine vernünftige Lösung für die Kommunen und insbesondere für die Bürger zu finden. Fakt ist aber: Der Bund zieht dem Land und den Kommunen jedes Jahr für eigene Unterstützungsprogramme über 4 Milliarden Euro aus der Tasche, die somit in den Haushalten fehlen. Der Grundsatz ‚Wer bestellt, bezahlt‘ gilt bei der Ampel-Regierung nicht. Der Deutsche Bundestag hat mindestens 25 Gesetze verabschiedet, mit denen die kommunalen Haushalte allein in der laufenden Wahlperiode bis 2025 mit mehr als 18,92 Milliarden Euro belastet werden.

Das Land Nordrhein-Westfalen hingegen wird seiner Verantwortung gerecht und steht an der Seite der Kommunen. Das Gemeindefinanzierungsgesetz ist auf Rekordniveau. Es liegt bei 15,3 Milliarden Euro, rund 140 Millionen Euro mehr als im Vorjahr. Wir haben den Kommunen in Nordrhein-Westfalen im Herbst noch einmal 808 Millionen Euro zusätzlich für die Unterbringung von geflüchteten Menschen zur Verfügung gestellt. Das Land gibt für die Integration von Flüchtlingen dreimal so viel Geld aus, wie es vom Bund bekommt. Konkret zahlen wir 2,4 Milliarden Euro, bekommen aber nur 800 Millionen Euro aus Berlin. Wir investieren über 550 Millionen Euro zusätzlich, um das System der Kindertagesbetreuung nachhaltig zu stärken. Allein 100 Millionen werden den freien Trägern helfen, ihren Mitarbeitern bessere Löhne für ihre wichtige Arbeit zu zahlen.

Bund, Länder und Kommunen sind eine Verantwortungsgemeinschaft. Dies heißt aber auch: Der Bund muss seiner Verantwortung ebenfalls gerecht werden und darf nicht länger Entscheidungen auf Kosten der Länder und Kommunen treffen.“

Tarner/Nettekoven: Wir stärken die Übungsleiterausbildung an den NRW-Sportschulen

Wir wollen die NRW-Sportschulen dabei unterstützen, den Schülerinnen und Schülern des Leistungsfaches Sport die Möglichkeit anzubieten, die Übungsleiter C-Lizenz abzulegen. Dafür haben die Fraktionen von CDU und Grünen den Antrag „Stärkung der Übungsleiterausbildung an den NRW-Sportschulen“ eingebracht, der jetzt im Landtag beschlossen wurde. Dazu erklären **Hedwig Tarner**, Sprecherin für Sportpolitik der Grünen Landtagsfraktion, und **Jens-Peter Nettekoven**, sportpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion:

Hedwig Tarnier: „Wir stärken den Breitensport in NRW. Die Schülerinnen und Schüler der 18 Sportschulen in NRW sollen während ihrer Schulausbildung die Möglichkeit bekommen, die Übungsleiter C-Lizenz zu erlangen. Daher unterstützen wir die Sportschulen dabei, den Erwerb dieser Lizenz anbieten zu können. Diese Möglichkeit ist eine Win-win-Situation für unsere Sportlandschaft: Es werden mehr Übungsleiterinnen und Übungsleiter ausgebildet, von denen die Sportvereine profitieren und den Schülerinnen und Schülern wird eine Möglichkeit gegeben, ihr sportliches Profil im außerschulischen Bereich weiter auszubauen.“

Jens-Peter Nettekoven: „Durch unsere 18 NRW-Sportschulen ist unser Bundesland flächendeckend hervorragend aufgestellt. In den vergangenen Jahren wurde die Qualität durch 32 Stellen für Trainer und Lehrer bereits deutlich verbessert. Mit unserem Antrag gehen wir noch einen Schritt weiter auf dem Weg, unsere Sportschulen immer besser aufzustellen. Eine Trainer-C-Ausbildung ist eine gute Möglichkeit für unsere jungen Leistungssportlerinnen und -sportler, sich auch als Multiplikatoren in den Sport einzubringen.“

Gemeinsame Pressemitteilung der Fraktionen von CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP

Bedeutendes Zeichen: Landtag stärkt die Zusammenarbeit des Landes mit Sinti und Roma

Zum Beschluss des Antrags „Wertschätzung und Anerkennung für die Minderheit der Sinti und Roma als Teil Nordrhein-Westfalens festigen – Rahmenvereinbarung auf den Weg bringen“ erklären die Sprecherinnen und Sprecher im Hauptausschuss **Daniel Hagemeier** (CDU), **Sven Wolf** (SPD), **Verena Schäffer** (Grüne) und **Dirk Wedel** (FDP):

„Mit dem heutigen Beschluss des Landtags ist ein wichtiger Meilenstein in der Kooperation des Landes Nordrhein-Westfalen mit dem Landesverband deutscher Sinti und Roma in Nordrhein-Westfalen gelegt. Roma und Sinti gehören seit mehr als 600 Jahren zu Nordrhein-Westfalen und haben unsere Gesellschaft geprägt. Diskriminierung und Vertreibung bis zum Völkermord der Sinti und Roma durch den Nationalsozialismus sind Teil unserer gemeinsamen Geschichte, deren Aufarbeitung weiter gehen muss. Es liegt in der Verantwortung aller Demokratinnen und Demokraten die Erinnerungskultur wachzuhalten und weiter voranzutreiben.“

Der Landesverband deutscher Sinti und Roma engagiert sich schon seit vielen Jahren in der Erinnerungsarbeit. Zudem kümmert er sich in seiner sozialen Beratungsstelle um die ganz konkreten Belange und Bedürfnisse von Sinti und Roma in Nordrhein-Westfalen. Diese wichtige Arbeit verdient unsere Wertschätzung und unseren Dank.

Als demokratische Fraktionen im Landtag war es uns wichtig, heute dieses Zeichen der Anerkennung zu setzen. Nach diesem wichtigen Beschluss freuen wir uns auf das

Ergebnis der nun anstehenden Gespräche zwischen der Landesregierung und dem Landesverband deutscher Sinti und Roma Nordrhein-Westfalen e.V. zu einer Rahmenvereinbarung, die die Zusammenarbeit in Zukunft weiter festigen, die Erinnerungskultur stärken, die gesellschaftliche Teilhabe voranbringen und Diskriminierung bekämpfen wird.“

Aus der Landesregierung

Fußball-Europameisterschaft 2024: Land vereinfacht kommunale Veranstaltungsplanung

Landesregierung ändert zur Vereinfachung befristet das Landes-Immissionsschutzgesetz

Die Fußball-Europameisterschaft der Männer findet vom 14. Juni bis zum 14. Juli 2024 in Deutschland statt. In Nordrhein-Westfalen sind Dortmund, Düsseldorf, Gelsenkirchen und Köln die Austragungsorte („host cities“) von 20 Spielen. Insbesondere in diesen Städten werden Public-Viewing- sowie Fan-Veranstaltungen und Begleitprogramme angeboten. Derartige Veranstaltungen gehen in der Regel mit erhöhten Lärmimmissionen einher, die zum Teil bis in die Nachtstunden hineinreichen.

Die Nachtruhe zwischen 22.00 und 6.00 Uhr wird in Nordrhein-Westfalen durch das Landes-Immissionsschutzgesetz (LImSchG) geschützt, Ausnahmen hiervon waren bisher nur auf Grundlage von Einzelentscheidungen nach Abwägung durch die Kommunen möglich.

Um den Kommunen mehr Rechts- und Planungssicherheit bei der Durchführung von Veranstaltungen zu bieten und den Verwaltungsaufwand zu reduzieren, hat die Landesregierung nun eine für die EM befristete Änderung des Landes-Immissionsschutzgesetzes (LImSchG) erlassen.

Die Gesetzesänderung sieht vor, dass von den Gemeinden selbst oder durch Beauftragte im Zusammenhang mit der EM 2024 durchgeführte Großveranstaltungen in bis zu neun Nächten bis 1 Uhr des Folgetages sowie in bis zu weiteren 13 Nächten zwischen 22.00 und 24.00 Uhr stattfinden können, ohne dass hierfür Einzelausnahmen notwendig sind. Mit einem Veranstaltungs- und Lärmschutzkonzept muss jedoch sichergestellt werden, dass bei einer angrenzenden Wohnnutzung innerhalb der benannten Gebiete keine höheren Maximalpegel durch technische Beschallung als 80 Dezibel verursacht werden.

Die Regelung berücksichtigt das öffentliche Interesse an der Durchführung dieser Veranstaltungen und den angemessenen Schutz der Anwohnerinnen und Anwohner gleichermaßen. Für andere Veranstaltungen im Rahmen der Fußball EM 2024 gelten

weiterhin die allgemeinen Regeln des Lärmschutzes. Dies bedeutet, es besteht wie bisher die Möglichkeit, dass die Kommunen durch ordnungsbehördliche Verordnungen allgemeine Ausnahmen vom Schutz der Nachtruhe zulassen oder diese auf Antrag erteilen.

Dies gilt ebenso für die Außengastronomie. Die im LImSchG für die Außengastronomie geregelte generelle Ausnahme vom allgemeinen Schutz der Nachtruhe für die Zeit zwischen 22 und 24 Uhr umfasst zwar keine Ton- und Fernsehdarbietungen im Freien. Public-Viewing im Bereich von Außengastronomie kann jedoch durch weitergehende Einzelzulassungen durch die Kommunen ermöglicht werden.

Zurzeit befindet sich ebenfalls eine Verordnung des Bundes über den „Lärmschutz bei öffentlichen Fernsehdarbietungen im Freien über die Fußball-Europameisterschaft der Männer 2024“ in Vorbereitung. Da landesrechtliche Regelungen Vorrang haben, findet diese Bundesverordnung in Nordrhein-Westfalen jedoch keine Anwendung.

Minister Krischer betont: „Wir wollen, dass dieses tolle Fußballfest in den Stadien und bei den Großevents mit Public-Viewing stattfinden kann, aber eben auch in der kleinen Eckkneipe und in dem Biergarten, also da, wo Fußballfans gucken und feiern wollen.“

Weitere Informationen:

- https://recht.nrw.de/lmi/owa/pl_text_anzeigen?v_id=4620070525144252966
https://www.umwelt.nrw.de/fileadmin/redaktion/PDFs/umwelt/Laerm/20240306_FAQ_LImSchG_Internet.pdf

Wichtigster Nachwuchspreis Deutschlands für zwei Forscher aus Nordrhein-Westfalen

KI-Pionier und Mediziner aus Aachen erhalten Heinz Maier-Leibnitz-Preis / Preisgeld in Höhe von 200.000 Euro

Für ihre herausragende wissenschaftliche Arbeit erhalten zwei Forscher aus Nordrhein-Westfalen den Heinz Maier-Leibnitz-Preis – die wichtigste Auszeichnung für den Forschungsnachwuchs in Deutschland. Wie die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) am Freitag, 22. März, bekanntgab, zählen zu den zehn bundesweiten Preisträgerinnen und Preisträgern zwei Juniorprofessoren aus Aachen: der Informatiker Christopher Morris und der Mediziner Kai Markus Schneider. Zur Unterstützung ihrer weiteren Forschungsarbeiten erhalten die beiden ein Preisgeld in Höhe von jeweils 200.000 Euro.

Wissenschaftsministerin Ina Brandes: „In Nordrhein-Westfalen ist die Spitzenforschung zu Hause. Die Auszeichnung der beiden Preisträger zeigt, dass junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler hier ein hervorragendes Umfeld für exzellente

Forschung vorfinden. Christopher Morris und Kai Markus Schneider sind nach Forschungsaufenthalten in Amerika zurück nach Nordrhein-Westfalen gekommen und leisten hier international anerkannte Arbeit. Das ist Spitzenforschung ‚made in NRW‘, auf die wir sehr stolz sind.“

Die beiden Preisträger

Christopher Morris absolvierte sein Informatik-Studium an der TU Dortmund, wo er 2019 nach einem Forschungsaufenthalt in Stanford (USA) auch promovierte. Seit 2022 forscht und lehrt er als Juniorprofessor für „Maschinelles Lernen auf Graphen“ an der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule (RWTH) Aachen. Sein Schwerpunkt sind komplex vernetzte Datenstrukturen, die in der Informatik als Graphen repräsentiert werden und zu denen zum Beispiel Molekülstrukturen oder Verkehrsverbindungen zählen. Morris forscht daran, wie Künstliche Intelligenz genutzt werden kann, um mit diesen komplexen Datenstrukturen zu arbeiten. Er zählt international zu den herausragenden aufstrebenden Forschenden in diesem explodierenden Gebiet der KI.

Kai Markus Schneider wechselte nach seinem Studium und seiner Promotion in Aachen an die University of Pennsylvania (USA). Von dort kam er mit einer Förderung im Rahmen [des Rückkehrprogrammes des Landes Nordrhein-Westfalen](#) zurück an die Uniklinik RWTH Aachen, wo er seit dem vergangenen Jahr Juniorprofessor für „Experimentelle Gastroenterologie und Organ-Crosstalks“ ist. Sein Spezialgebiet sind Wechselwirkungen von verschiedenen Organen, um ganzheitliche Therapieansätze für komplexe Erkrankungen zu entwickeln. Beispielsweise konnte er bereits entschlüsseln, wie chronische Darmentzündungen mit psychischem Stress zusammenhängen. Für seine Arbeit erhielt Schneider bereits mehrfach Auszeichnungen – im vergangenen Jahr etwa den „Rising Star Award“ der United European Gastroenterology (Dachverband für multidisziplinäre Gastroenterologie).

Hintergrund

Die zehn Preisträgerinnen und Preisträger wurden von einem eigens hierfür eingesetzten Auswahlausschuss aus 168 Vorschlägen ausgewählt. Benannt nach dem Physiker und früheren DFG-Präsidenten Heinz Maier-Leibnitz wird der Preis seit 1977 jährlich an hervorragende junge Forscherinnen und Forscher verliehen. Er gilt als der wichtigste Preis für den Forschungsnachwuchs in Deutschland. Die Preise werden am 4. Juni 2024 in Berlin verliehen. Weitere Informationen zum Heinz Maier-Leibnitz-Preis finden sie [hier](#).

Ungenutzte mineralische Bauabfälle in Nordrhein-Westfalen: Nur ein Prozent wird als Recycling-Baustoff für den Hochbau wiederverwendet

Umweltminister Oliver Krischer: „Wir müssen das enorme Potenzial beim Baustoff-Recycling heben“

Mit über 200 Millionen Tonnen bilden Bauabfälle wie Bauschutt, Straßenaufbruch, Boden oder Steine den bei weitem größten Abfallstrom in Deutschland – allein 40 Millionen Tonnen sind es schätzungsweise in Nordrhein-Westfalen. Um diese Mengen rechtssicher wiederverwerten zu können, hat der Bund 2023 die Ersatzbaustoffverordnung eingeführt und Regelungen zur Verwertung gütegesicherter Ersatzbaustoffe getroffen. Das Umweltministerium hat nun einen ersten Teilbericht zur Umsetzung der Verordnung und den Auswirkungen auf die Stoffkreisläufe in Nordrhein-Westfalen vorgelegt.

„Nur etwa ein Prozent der aufbereiteten mineralischen Baustoffabfälle werden für den Hochbau wiederverwertet. Dieses enorme Potenzial müssen wir heben, denn je mehr dieser Abfälle hochwertig recycelt werden, desto mehr wertvolle Ressourcen schützen wir. Auch die Wirtschaft wird viel unabhängiger von Importen. Das funktioniert aber nicht ohne die nötigen Innovationen in der Recycling-Branche: Wir brauchen zum Beispiel mehr spezielle Aufbereitungsanlagen für Bauschutt und Bodenaushub und eine umweltgerechte Behandlung teerhaltiger Straßenausbaustoffe“, erklärte Umweltminister Oliver Krischer vor dem Hintergrund des Monitoring-Berichts.

Dazu zählt auch das Recycling von Böden, die aktuell in erster Linie für Verfüllungen genutzt werden. Bei mineralischen Baustoffen handelt es sich um begrenzt verfügbare natürliche Ressourcen wie beispielsweise Kies, Sand, Naturstein, Lehm oder Ton.

Beispielhaft für Innovationen in der Recyclingbranche ist ein neu entwickeltes Verfahren eines Unternehmens in Hünxe. Durch eine Nasswäsche in Kombination mit verschiedenen Sortier- und Trennverfahren ist es möglich, aus Bauschutt, Bodenmaterial und verschiedenen Bauabfallgemischen hochwertige Gesteinskörnungen für den Hochbau und den Tiefbau zurückzugewinnen. Die in Nordrhein-Westfalen derzeit einzige Recyclinganlage mit diesem Verfahren wurde mit Landesmitteln gefördert und ist seit 2023 in Betrieb.

Mit dem ersten Teilbericht zum „Monitoring-Programm zur Umsetzung der Ersatzbaustoffverordnung und zu den Auswirkungen auf die Stoffkreisläufe mineralischer Abfälle und Nebenprodukte in Nordrhein-Westfalen“ legt das Umweltministerium nun Zahlen und Fakten zum Aufkommen und zur Nutzung mineralischer Ersatzbaustoffe in Nordrhein-Westfalen vor. Das Monitoring-Programm wird in Kooperation mit dem

Landesamt für Umwelt, Natur und Verbraucherschutz (LANUV) und der Fachhochschule Münster durchgeführt.

Das jährliche Aufkommen mineralischer Bau- und Abbruchabfälle aus dem Abbruch von Gebäuden oder Straßenbaumaßnahmen, wie Betonbruch, Bauschuttgemische, Ausbauasphalt, Bodenmaterial, Gleisschotter in Nordrhein-Westfalen liegt schätzungsweise bei etwa 40 Millionen Tonnen. Der größte Anteil des Abfallaufkommens aus dem Baubereich entfällt auf die Abfallart Boden und Steine mit etwa 26 Millionen Tonnen. Bodenmaterial wird ganz überwiegend in Verfüllungen von Abgrabungen der Kies- und Sandgewinnung verwertet oder auf Deponien entsorgt.

Im Jahr 2020 wurden rund 15 Millionen Tonnen der mineralischen Bau- und Abbruchabfälle in Bauschuttzubereitungsanlagen angenommen. Aus der Aufbereitung resultieren güteüberwachte Recyclingbaustoffe, von denen im Jahr 2020 etwa 6,3 Millionen Tonnen im Straßen- und Wegebau und 4,4 Millionen Tonnen im Erdbau verwendet wurden. Eine hochwertige stoffliche Nutzung von recycelten Gesteinskörnungen im Hochbau für die Betonherstellung nach dem Prinzip „vom Bauwerk ins Bauwerk“ findet mit weniger als einem Prozent derzeit kaum statt.

Auch industrielle Gesteinskörnungen, die unter anderem aus Nebenprodukten der Eisen- und Stahlindustrie oder Kraftwerksrückständen gewonnen werden, tragen zur Deckung des Bedarfs an primären mineralischen Rohstoffen bei. Im Jahr 2020 waren es etwa 5,5 Millionen Tonnen, die als sekundäre Baustoffe im Hoch- und Tiefbau eingesetzt wurden.

Die Bestandsaufnahme zeigt, dass das Potential für die Nutzung von Recyclingbaustoffen in Nordrhein-Westfalen bei weitem nicht ausgeschöpft ist. Noch zu viel Material wird auf der niedrigsten Verwertungsstufe der Abfallhierarchie in Verfüllungen oder im Erd- und Deponiebau verwertet und geht so dem Baustoffkreislauf verloren.

Zudem kann ein verbessertes Stoffstrom- und Bodenmanagement auf Baustellen, die frühzeitige Erkundung von Bauwerken und ein selektiver und verwertungsorientierter Rückbau dazu beitragen, die vorhandenen Potentiale mineralischer Abfälle für den Ressourcenschutz noch besser zu nutzen und die Menge Bau- und Abbruchabfälle, die noch auf Deponien landen, weiter reduzieren.

Die Mengenanalyse soll in den Jahren 2024 und 2025 wiederholt werden. Das Umweltministerium hat außerdem eine landesweite Probenahme- und Untersuchungskampagne an Bodenmaterial und Recyclingbaustoffen beauftragt. Die Erkenntnisse der verschiedenen Teilprojekte des Monitorings sollen in die bundesweite Evaluierung der Ersatzbaustoffverordnung einfließen.

Den Monitoring-Bericht finden Sie hier:

<https://www.lanuv.nrw.de/umsetzung-der-mantelverordnung-in-nordrhein-westfalen>

Mit Forschergeist zu großen Entdeckungen

Preisverleihungen an nordrhein-westfälische Talente bei der 59. Landeswettbewerbsrunde „Jugend forscht“ / Staatssekretär Dr. Mauer: „Schule kann so viel mehr sein als die Weitergabe von bekanntem Wissen: Neues entdecken, kreativ sein!“

Sie berechnen den Sternwind, beschäftigen sich mit Stromspeichern der Zukunft, entwickeln Verfahren zur Lösung des globalen Plastikproblems, wollen digitalisiertes Arbeiten noch angenehmer gestalten, tüfteln an einer automatischen Erkennung von Klauenkrankheiten oder bauen an der Magnetschwebbahn der Zukunft: Die Arbeiten der frischgebackenen nordrhein-westfälischen Preisträgerinnen und Preisträger haben die Jury der diesjährigen Landeswettbewerbssrunde „Jugend forscht“ beeindruckt. Auch Dr. Urban Mauer, Staatssekretär im nordrhein-westfälischen Schulministerium, lobte während der Preisverleihungszeremonie den Wissensdurst und Forscherdrang der jungen Menschen zwischen 15 und 21 Jahren: „Es braucht Menschen, die unermüdlich nach dem ‚Wie‘ und ‚Warum‘ fragen und nicht locker lassen, bis sie eine Antwort gefunden haben. Es braucht Menschen, die – angetrieben von Forschergeist und Neugier – die Welt verstehen, erklären und verbessern wollen. Es braucht Menschen wie Sie, liebe Jungforscherinnen und Jungforscher!“

Die Gewinnerinnen und Gewinner der ersten Preise lauten:

Arbeitswelt

Julius Clauss, Bischöfliche Marienschule Mönchengladbach, Thema: Digitale Diagnosen – Wärmebildkameras für die automatische Untersuchung von Rinderklauen

Physik

Felix Freddy Weihermann, Jonas Umpfenbach, Annette-von-Droste-Hülshoff-Gymnasium Münster, Thema: Ist eine Magnetschwebbahn mithilfe von rotierenden Halbach-Arrays möglich?

Biologie

Malte Cox, Leo Roer, Beeke Drechsler, Städtisches Wilhelm-Hittorf-Gymnasium, Münster, Thema: Plastic: Revolution – plastikfressende Mikroorganismen

Chemie

Ben Eumann, Dietrich-Bonhoeffer-Gymnasium, Hilden, Thema: Nelkenduft aus Teer?

Geo- und Raumwissenschaften

Jonas Moritz Wewel, Gymnasium Paulinum, Münster, Thema: Die Bestimmung der differentiellen Rotation der Sonne anhand von Sonnenflecken

Mathematik/Informatik

Leo Blume, Gymnasium Essen-Werden, Thema: Sorting the colors: Dimensionsbezogene Generalisierung vergleichsbasierter Sortierung

Technik

Marvin Rzok, Berufskolleg Niederberg, Velbert, Thema: Pico Ballons als umweltschonendere Alternative zu Radiosonden um Wetterdaten zu erfassen (Erster Preis und Sonderpreis Teilnahme an der „JugendUnternimmt summer school – Innovative Geschäftsideen mit Unternehmercourage“).

Die 59. Wettbewerbsrunde von „Jugend forscht“ steht unter dem Motto „Mach dir einen Kopf“. Die 1. Preise in den jeweiligen Kategorien des Landeswettbewerbs „Jugend forscht“ sind mit 250 Euro dotiert. Wie bereits in den vergangenen Jahren warteten auf die erfolgreichen Teilnehmerinnen und Teilnehmer und ihre Schulen auch diesmal die beiden Sonderpreise des Schulministeriums für die schöpferisch wertvollste Arbeit und für die beste Jugend forscht-Schule des Landes. Staatssekretär Dr. Mauer überreichte diese Auszeichnungen. „Der Wettbewerb ‚Jugend forscht‘ zeigt: Schule kann so viel mehr sein als die Weitergabe von bekanntem Wissen. Schule kann die Möglichkeit bieten, Neues zu entdecken und kreativ zu sein“, betonte er und bedankte sich auch bei den betreuenden Lehrerinnen und Lehrern. Anschließend richtete er noch einen Appell an die Preisträgerinnen und Preisträger: „Machen Sie sich weiterhin einen Kopf. Behalten Sie sich Ihren Forschergeist – egal, wohin Ihr beruflicher Weg Sie einmal führt. Und geben Sie ihn weiter!“

Die Sonderpreise des Schulministeriums

- Sonderpreis für die schöpferisch wertvollste Arbeit:
Felix Gross und Fiete Kloppenborg von der Marienschule der Ursulinen – Bielefeld, Thema: Ein sich selbst bewegendes Schachspiel
- Sonderpreis für die „Jugend forscht“-Schule des Landes:
Marienschule der Ursulinen - Bielefeld

Hintergrund

Zur Teilnahme an der 59. Wettbewerbsrunde der Sparte „Jugend forscht“ hatten sich in Nordrhein-Westfalen 654 Jugendliche und junge Erwachsene mit 370 Projekten angemeldet. 21 Unternehmen und Institutionen engagieren sich in Nordrhein-Westfalen als Ausrichter und Gastgeber der Wettbewerbe auf Regional- und Landesebene. Der jährlich stattfindende Nachwuchswettbewerb existiert seit 1965 und wird getragen vom gemeinnützigen Verein Stiftung Jugend forscht e. V. als gemeinsames Förderwerk von Bundesregierung, der Zeitschrift Stern, Wirtschaft und Schulen. „Jugend forscht“ richtet sich an junge Menschen im Alter von 15 bis 21 Jahren. Diese können Arbeiten zu den Fachgebieten Arbeitswelt, Biologie, Chemie, Geo- und Raumwissen-

schaften, Mathematik/Informatik, Physik und Technik einreichen. Der Landeswettbewerb in Nordrhein-Westfalen steht unter der Schirmherrschaft des Schulministeriums. Im Land gibt es zwölf Regionalwettbewerbe, aus denen die besten 45 Projekte für den Landeswettbewerb ermittelt wurden. Die Sieger des Landeswettbewerbs nehmen am Bundesfinale vom 30. Mai bis 2. Juni 2024 in Heilbronn teil.

Zum internationalen Tag des Waldes: Den Naturschatz Wald mit Tieren und Pflanzen respektvoll teilen

Die Wälder in Nordrhein-Westfalen sind Orte der Erholung und gerade während der kommenden Osterfeiertage laden sie regelrecht zu Spaziergängen ein. An und um Ostern zieht es viele Menschen in den Wald, wenn sich auch hier der Frühling zeigt. Mehr als 50.000 Kilometer ausgewiesene Wanderwege in nordrhein-westfälischen Wäldern bieten enorme Möglichkeiten für ein individuelles Erleben des Naturschatzes Wald. Bei den Spaziergängen können Waldbesucherinnen und Waldbesucher an vielen Orten im Wald vermehrt junge, zarte Bäume sehen. Sie wachsen auf den Flächen, auf denen in den vergangenen Jahren vor allem Fichten abgestorben waren. Denn Trockenheit, Stürme und der Borkenkäferbefall haben den Wäldern in Nordrhein-Westfalen auf zahlreichen Flächen stark zugesetzt: Mehr als 140.000 Hektar Wald sind geschädigt. Als Ergänzung zu den jungen Bäumen, die die Natur selbst hervorgebracht hat, werden daher auf vielen Waldflächen im Land derzeit verstärkt junge Bäume gepflanzt, die dem Klimawandel besser standhalten.

Ministerin Silke Gorißen: „Die Wiederbewaldung ist eine wichtige Aufgabe, welche vom Land Nordrhein-Westfalen und unseren privaten und kommunalen Waldbesitzern engagiert vorangetrieben wird. Mancherorts sind junge Bäume derzeit zudem mit Zäunen oder kleinen Absperrungen vor Wildtieren und Menschen geschützt. Sie sollen in Ruhe wachsen. Wir alle sind als Besucherinnen und Besucher des Waldes daher aufgefordert, beim Spaziergang auf ausgewiesenen Wanderwegen zu bleiben und uns rücksichtsvoll zu verhalten – ganz besonders im Frühling, wenn viele Tiere ihre Jungen bekommen und großziehen und die Pflanzen noch zart sind.“

Bei einem Waldbesuch gibt es einige Punkte zu beachten:

Bitte Umsicht – junge Bäume brauchen besonderen Schutz

Diese meist zarten Jungpflanzen bilden den Beginn einer neuen Waldgeneration. Deshalb ist es wichtig, vorhandene Absperrungen zu respektieren und auf den Wegen zu bleiben. Zudem kann es passieren, dass Wege ganz gesperrt werden, weil Bäume gefällt werden müssen.

Ruhe für den Nachwuchs der Waldtiere – Hunde an die Leine

Ostern fällt zudem in die Zeit, die Forstleute als Brut- und Setzzeit bezeichnen. Über-

all in den Dickungen ziehen die Tiere des Waldes ihren Nachwuchs groß und brauchen vor allem Ruhe. Deshalb sollten auch Hunde auf dem Weg bleiben – am besten an der Leine.

Holzstapel können gefährlich werden

An vielen Wegen liegen Stämme zu hohen Stapeln aufgeschichtet. Diese sogenannten Polter sind keine Kletterberge. Die gestapelten Stämme können ins Rutschen kommen und zur Gefahr werden.

Wanderparkplätze nutzen

Ist der angesteuerte Wanderparkplatz überfüllt, dürfen nicht die angrenzenden Waldwege zugesperrt werden. Das sind oft die einzigen Rettungswege, über die Feuerwehr und Rettungswagen zu den Waldbesucherinnen und Waldbesuchern gelangen können, die Hilfe brauchen.

Rauchen und Grillen verboten

Übrigens: Im Wald herrscht ab März Rauchverbot. Grillen im Wald ist ganzjährig verboten. Waldbrände sind nicht nur im Hochsommer eine Gefahr.

Bei der Planung der Osterspaziergänge kann der Link zu folgendem digitalen Kartenangebot des Landes mit Wanderrouten helfen, auf dem auch Parkplätze eingezeichnet sind: www.wald.nrw/wege.

Mehr Informationen unter: <https://www.wald-und-holz.nrw.de/wald-erleben/verhalten-im-wald>

Internationaler Tag gegen Rassismus: Ministerin Neubaur spricht mit Schülerinnen und Schülern über Engagement für Vielfalt

Ministerin Neubaur: Am Leo-Statz-Berufskolleg zeigt sich, dass Diskriminierung und Ausgrenzung bei uns keinen Platz haben

Anlässlich des Internationalen Tags gegen Rassismus hat sich Wirtschaftsministerin und stellvertretende Ministerpräsidentin Mona Neubaur mit Schülerinnen und Schülern in Düsseldorf über ihr Engagement gegen Diskriminierung und Ausgrenzung ausgetauscht. Am Leo-Statz-Berufskolleg stellten die Schülerinnen und Schüler der Ministerin gestern mit einem selbst gestalteten Programm aus kreativen Videos, Liedern und emotionalen Wortbeiträgen ihre vielfältigen Aktivitäten für Toleranz und Vielfalt vor. Das Leo-Statz-Berufskolleg setzt sich mit regelmäßigen Veranstaltungen, Lesungen und Theaterstücken für ein friedliches und solidarisches Miteinander ein. Seit zehn Jahren ist es Teil des bundesweiten Netzwerks „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“.

Ministerin Neubaur: „Das großartige Engagement der Schülerinnen, Schüler und Auszubildenden am Leo-Statz-Berufskolleg in Düsseldorf zeigt, dass Rassismus und Ausgrenzung bei uns in Nordrhein-Westfalen keinen Platz haben. Der Einsatz für Gerechtigkeit, Vielfalt und unsere gemeinsamen europäischen Werte sind hier fester Bestandteil des Schulalltags. Das ist wichtiger denn je, denn die aktuelle politische Lage macht uns bewusst, dass wir rassistischen Weltbildern entschlossen entgegenzutreten müssen. In Nordrhein-Westfalen gilt deshalb am Internationalen Tag gegen Rassismus wie an allen anderen Tagen: Keine Toleranz bei Intoleranz.“

Am Leo-Statz-Berufskolleg werden mehr als 2000 Schülerinnen und Schüler sowie Auszubildende aus allen Bevölkerungsgruppen und mit unterschiedlichen soziokulturellen Hintergründen unterrichtet. Das besondere Engagement geht auch auf den Namensgeber des Berufskollegs zurück. Der Düsseldorfer Unternehmer Leo Statz setzte sich unter der Herrschaft der Nationalsozialisten mutig und selbstlos für Unabhängigkeit und Meinungsfreiheit ein. Das bezahlte er 1943 mit dem Leben, als er von den Nazis am Volksgerichtshof zum Tode verurteilt und wenig später hingerichtet wurde.

Hintergrund

Der Internationale Tag gegen Rassismus wurde 1966 von den Vereinten Nationen ausgerufen. Er geht auf eine große Demonstration am 21. März 1960 gegen das rassistische Apartheidsystem in Südafrika zurück, bei der 69 Menschen von der Polizei erschossen wurden. Seit 1979 finden begleitend auch die Internationalen Wochen gegen Rassismus statt, in diesem Jahr vom 11. bis zum 24. März.

Meilenstein beim Gründungsstipendium NRW erreicht: 1000. Jurysitzung in Bonn

Ministerin Neubaur: Insgesamt 37 regionale Netzwerke füllen das Stipendium mit Leben und helfen dabei, Ideen in die Tat umzusetzen

Mit dem Gründungsstipendium NRW erhalten Gründerinnen und Gründer in Nordrhein-Westfalen finanzielle Unterstützung in der Startphase ihres Unternehmens. Bis zu ein Jahr lang fördert das Land die Unternehmerinnen und Unternehmer mit monatlich 1.200 Euro. Die Unterstützung bekommt, wer erfolgreich vor der Jury eines Netzwerks pitcht. Am Mittwoch, 20. März 2024, hat im Digitalhub in Bonn die 1000. Jury-Sitzung stattgefunden. Seit dem Programmstart im Jahr 2018 sind mehr als 3.900 Stipendien vergeben worden.

Ministerin Neubaur: „Zur 1000. Jurysitzung gratuliere ich dem Bonner Netzwerk ganz herzlich. Ich freue mich, dass hier und an vielen weiteren Anlaufstellen im Land mutige Gründerinnen und Gründer die Chance bekommen, unbürokratisch vor Expertinnen und Experten zu pitchen. Dies wird überhaupt erst möglich durch die vielen Unterstützer vor Ort: Es sind die Kammern, Wirtschaftsförderungen, Universitäten, Hochschulen und regionalen Gründungszentren, die das Stipendium mit Leben füllen. Sie begleiten die jungen Unternehmen bei ihren ersten Schritten und helfen dabei Ideen zu realisieren. Der Erfolg des Stipendiums zeigt, wie sinnvoll es ist Gründerinnen und Gründer in der Anfangsphase ihrer Unternehmensgründung finanzielle Sorgen zu nehmen und ihnen Freiraum zu geben.“

Über das Land verteilt unterstützen 37 regionale Netzwerke die Auswahl der Stipendiatinnen und Stipendiaten. Sie stellen sich und ihre Arbeit in einer digitalen Karte unter www.gruendungsstipendium.nrw/gruendungsnetzwerke/storymap vor. Das Bonner Netzwerk organisiert am Rande der heutigen Jury-Sitzung eine Informationsveranstaltung zum Gründungsstipendium NRW, auf der Wirtschaftsstaatssekretär Paul Höller ein Grußwort spricht.

Das Gründungsstipendium NRW im Überblick:

- 7.143 Personen aus 4.185 Gründungsvorhaben haben sich beworben.
- 4.699 Gründerinnen und Gründer wurden von einer Jury zur Förderung empfohlen.
- Die Anzahl der Bewilligungen liegt bei 3.952.
- Die angehenden Stipendiatinnen und Stipendiaten sind durchschnittlich 29,9 Jahre alt.
- Der Frauenanteil liegt bei 24,4 Prozent.
- 39 Prozent der Antragstellerinnen und Antragsteller kommen aus Hochschulen und Fachhochschulen und 31 Prozent kommen aus einem Beschäftigungsverhältnis.

Mit dem Gründungsstipendium NRW erhalten bis zu drei Gründerinnen und Gründer eines Start-ups bis zu ein Jahr lang jeweils 1.200 Euro monatlich. Insgesamt 37 Netzwerke mit 109 Anlaufstellen in Nordrhein-Westfalen übernehmen die Auswahl und Beratung der Interessenten. Sie unterstützen bei der Antragstellung und bieten eine zeitnahe Möglichkeit zur Präsentation vor den Jurys. Weitere Informationen und eine Liste der regionalen Ansprechpartner finden Sie unter www.gruendungsstipendium.nrw.

Claudia Middendorf zum Welt-Down-Syndrom-Tag: Menschen nicht unterschätzen

Düsseldorf – Am 21. März findet der Welt-Down-Syndrom-Tag statt. Im Jahr 2006 wurde der Aktionstag durch die Organisationen Downsindrome International und European Downsindrome Association eingeführt. Das gewählte Datum symbolisiert mit dem dreifachen Vorhandensein des 21. Chromosoms das charakteristische Merkmal des Down-Syndroms. Ziel ist, das Bewusstsein und die Aufmerksamkeit für diese chromosomale Abweichung zu schaffen und zu stärken. Dazu erklärt Claudia Middendorf, Beauftragte der Landesregierung für Menschen mit Behinderung sowie für Patientinnen und Patienten:

„Menschen mit Down-Syndrom sind ein genauso wichtiger und fester Bestandteil unserer Gesellschaft, wie jeder andere Mensch auch. Das Ziel muss eine vollständige und ernsthafte Inklusion im Sinne der UN-Behindertenrechtskonvention sein. Als Landesbehinderten- und -patientenbeauftragte wünsche ich mir, dass es bei der gebotenen Sensibilität nicht bei warmen Worten bleibt, sondern sich eine positive Wahrnehmung der Menschen mit Down-Syndrom entwickelt.“

Den internationalen Tag, der in diesem Jahr unter dem Motto „Schluss mit den Vorurteilen“ steht, möchte ich dazu nutzen, um darauf aufmerksam zu machen, dass wir jedem Menschen auf Augenhöhe begegnen sollten. Es wäre ein großer Fehler, Menschen mit Down Syndrom zu unterschätzen oder ihnen wenig zuzutrauen. Wir müssen Barrieren abbauen, um allen Menschen mit Behinderungen eine vollständige Teilhabe an allen gesellschaftlichen Bereichen zu ermöglichen. Menschen mit Down-Syndrom bringen große Potenziale mit. Sie betätigen sich als Schauspielerinnen und Schauspieler, sie studieren, sie führen eine Gastronomie oder arbeiten als Model. Grenzen werden nur durch Vorurteile gesetzt.

In einem spanischen Regionalparlament sitzt mittlerweile sogar die erste Abgeordnete mit Down-Syndrom. Sie wurde im vergangenen September gewählt und setzt damit ein starkes Zeichen gegen ungerechtfertigte Vorurteile. Ich freue mich über diesen wichtigen Schritt in Richtung echter Inklusion und tatsächlicher politischer Teilhabe.“

Weitere Informationen finden Sie unter: <https://www.worlddownsyndromeday.org>